



Vorlage Nr. 22-O-09-0014

Tagesordnungspunkt 5

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Breckenheim am 4. Mai 2022

Ladestation für Elektrofahrzeuge (CDU, SPD und GRÜNE)

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, im Benehmen mit kompetenten Versorgungsbetrieben wie beispielsweise die ESWE Versorgungs AG, in Breckenheim geeignete öffentlich zugängliche Standorte für E-Ladestationen für PKW und E-Bikes zu ermitteln und zeitnah solche E-Ladestationen einzurichten.

Der Ortsbeirat bietet hierzu seine Mitwirkung und Unterstützung an.

Begründung:

Die Bundesregierung fördert die Elektromobilität mit einem umfassenden Programm. Durch gezielte Anreize soll Elektromobilität kostengünstiger und alltagstauglicher werden. Auf der kommunalen Ebene der Stadt Wiesbaden ist bereits die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH dabei, den öffentlichen Personennahverkehr auf E-Busse umzustellen.

Leider sorgen bei Autos derzeit noch immer zu hohe Anschaffungskosten, zu geringe Reichweiten sowie vor allem ein fehlendes Ladenetz dafür, dass sich Kunden bei Neuanschaffungen nur sehr zögerlich für Elektrofahrzeuge entscheiden. Bei den ersten beiden Hinderungsgründen ist die Industrie gefragt, bei der öffentlichen Ladeinfrastruktur können aber die Kommunen etwas tun. Es bedarf eines ausreichenden Netzes von Ladestationen, und dies nicht nur in den Innenstädten, sondern auch in den Stadtteilen an zentralen Stellen. Dies gilt nicht nur für Autos, sondern auch für elektrisch betriebene Fahrräder (E-Bikes), die sich immer größerer Beliebtheit erfreuen.

In Breckenheim gibt es keine öffentlich zugängliche E-Ladestation für PKW oder E-Bikes. Insofern liegt es nahe, dieses Angebot auch in Breckenheim an dafür geeigneten Stellen bereitzustellen. Bisher sind in den östlichen Vororten nur in Bierstadt, Erbenheim und Nordenstadt jeweils eine öffentliche Ladesäule durch ESWE Versorgung errichtet. Das Modell der „Community Ladesäule“ ist hier bisher wenig erfolgreich.

Beschluss Nr. 0037

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z. w. V

1012 z. d. A.

Köhler
Ortsvorsteher